

EZB – KMUs im Fokus

Description

Vor einigen Tagen hat die EZB in einer Studie die finanzielle Situation von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in der Eurozone untersucht. Dabei fällt auf, dass die Bedingungen, zu denen sich KMUs (unter 250 Beschäftigte) finanzieren können, sehr unterschiedlich sind. [Das betrifft die Kreditkosten einerseits und die Tatsache, überhaupt Kredit zu bekommen, andererseits](#). Die Unterschiede zwischen den Krisenländern im Süden und Deutschland sind dabei besonders groß.

KMUs gelten als Rückgrat der Wirtschaft der Eurozone. Das gilt besonders für die südliche Peripherie. Da in der europäischen Wirtschaft traditionell Banken als hauptsächliche Kredit-Quelle fungieren, besteht ein enger Zusammenhang zwischen deren Verfassung und der Bereitschaft, Kredite zu vergeben.

Die Geldpolitik der EZB verbessert den Zugang der KMUs bisher nicht genügend und so wird dort darüber nachgedacht, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um dies zu ändern. Dabei steht die juristische Konstruktion der Eurozone im Wege. Zudem kann die Geldpolitik wenig tun, um strukturelle Schwächen wie schlechte Wettbewerbsfähigkeit und geringe einheimische Nachfrage anzugehen.

Im jüngsten Jahresbericht der EU zur Lage der KMUs vom September 2012 wurde festgestellt, dass die KMUs für zwei Drittel aller Jobs im privaten Sektor und für 58% der Wertschöpfung zuständig sind ([siehe Chart!](#)). Die EZB hat jetzt für die Eurozone ermittelt, dass der Anteil der KMUs bei drei Viertel der Jobs und 60% der Wertschöpfung liegt. In den USA zeichnen KMUs (unter 500 Beschäftigte) für 50% der privaten Beschäftigung und 46% des Ausstoßes des privaten Sektor verantwortlich.



	Share of total employment	Share of total value added
EU 27	67%	58%
Austria	66%	61%
Belgium	66%	62%
Cyprus	81%	76%
Estonia	78%	72%
Finland	62%	57%
France	64%	59%
Germany	63%	54%
Greece	85%	70%
Ireland	69%	51%
Italy	80%	68%
Luxembourg	66%	73%
Malta	76%	64%
Netherlands	65%	63%
Portugal	78%	68%
Slovakia	56%	52%
Slovenia	71%	63%
Spain	76%	66%

Deutschland wird oft als Mekka der KMUs hingestellt, ihre Bedeutung ist jedoch in den Krisenländer der Eurozone noch größer. Das gilt z.B. hinsichtlich Spanien, Portugal und Griechenland für die Bedeutung bei der Beschäftigung wie beim Wertzuwachs.

Zwischen 2002 und 2010 waren KMUs in der EU für mehr als 85% des netto-Jobzuwachses verantwortlich. Mit dem Einsetzen der Eurokrise sind bei den KMUs allerdings mehr Jobs verloren gegangen als bei

großen Unternehmen mit ihrer größeren Kapitaldecke. Damit wurde die europäische Beschäftigungskrise durch die Schwierigkeiten der KMUs bei der Kreditbeschaffung verschärft.

Die Bedingungen für KMUs in den Krisenländern wird auch durch schlechte Inlandsnachfrage und den Wegzug gut ausgebildeter Arbeitskräfte negativ beeinflusst. Hinzu kommt, dass kleine und mittlere HiTech-Unternehmen besonders in Deutschland und Österreich, weniger aber in Spanien, Portugal und Griechenland konzentriert sind. Diese Unternehmen gelten als besonders produktiv und haben den größten Beitrag bei Beschäftigung und Wertzuwachs. Da KMUs weniger international ausgerichtet sind, sind sie besonders abhängig von der schwachen Konjunktur in Europa.

Nach der jetzt erschienenen EZB-Studie "Survey on the Access to Finance of Small and Medium Sized Enterprises in the Euro Area" sehen nur deutsche KMUs, dass sich ihre Lage hinsichtlich Verfügbarkeit von Bankkrediten verbessert. Die allgemeine Situation in der Eurozone hat sich gegenüber dem Zeitraum April bis September 2012 zwar etwas verbessert, so berichten noch 11% (vorher 15%) der KMUs, dass ihr Kreditantrag abgewiesen wurde. Auch sehen nur noch 16% (vorher 18%) den Zugang zu Krediten als Hauptproblem an.

Besonders in Griechenland, Italien und Portugal steigen der Kreditbedarf und die Schwierigkeiten beim Zugriff auf Kredite aber an. So sagen 38% der Unternehmen in Griechenland, dass der Zugang zu Finanzierungsquellen ihr Hauptproblem ist, in Spanien sind es 24%, 8% sind es in Deutschland. KMUs in Spanien, Italien und Portugal berichten von einem besonders starkem Anstieg bei den Kreditzinsen.

Diese Trends machen der EZB Sorge. Ihre Geldpolitik erreicht die KMUs nicht im erforderlichen Umfang. In verschiedenen Ländern durchlaufen die Banksektoren tiefgreifende Reformen, beschneiden ihre Kreditfähigkeit oder nutzen den Zentralbank-Kredit dazu, um Schulden ihrer Regierungen zu kaufen. Das verbessert zwar die Bedingungen für diese, ändert aber an der Situation der KMUs wenig. Die schwache Nachfrage macht eine Kreditvergabe zusätzlich riskant.

Am 24. April hatte die Bank of England Maßnahmen angekündigt, die Anreize der Banken zur Kreditvergabe an KMUs zu verstärken. Auch die EZB überlegt in diese Richtung. Dabei kommen einige Optionen infrage, wie etwa die Absenkung der Anforderungen an Sicherheiten bei EZB-Krediten. Das wird allerdings kontrovers gesehen, weil die EZB das alleinige Mandat hat, die Inflation zu kontrollieren.

Die EZB hat zudem wegen der Abwesenheit von Kapitalverkehrskontrollen (von Zypern abgesehen) wenig Möglichkeiten, sicherzustellen, dass die an Banken ausgeliehenen Gelder im jeweiligen Land bleiben und hier zur besseren Kreditverfügbarkeit beitragen.

Am Donnerstag dieser Woche findet die nächste Zinssitzung der EZB statt. Es wird erwartet, dass die Leitzinsen um 0,25% auf 0,5% gesenkt werden. Allerdings sind die Interbank-Zinsen in der Eurozone bereits so niedrig, dass eine Leitzinssenkung nur symbolischen Wert hat.



Daher dürfte der Euro hierdurch so lange kaum tangiert werden, so lange die EZB nicht weitere Hinweise gibt, etwa auf einen Strafzins für Über-Nacht-Einlagen, sagen Beobachter. Die [EZB hatte bereits früher angekündigt](#), sich dem Problem der höheren Kreditzinsen in den PIIGS zu widmen, so dass weitere „unübliche“ Maßnahmen im Bereich des Möglichen sind.